

LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE*. im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 16. Jahrgang

Monat Januar 2010

Preis: Spende

**13.2.2010
DRESDEN**

MAZZI

AUFEM

ÄRSCHEN

STOPPEN

So gesehen... ... haben die deutschen Faschisten dieses Land schon wieder ein ganzes Stück unter Kontrolle. Sie melden eine Veranstaltung an und das ganze Land hetzt hin, um selbige zu verhindern. Das ist nicht tragisch, sondern logisch, keinen Fußbreit den Faschisten!

Nun haben wir es aber mit einer neuen Qualität der Zusammenarbeit von Staat und der extremen Rechten zu tun. Eine in dieser Härte bisher nicht da gewesene Kriminalisierung der Antifaschisten, die den Widerstand in Dresden organisieren wollen.

Am 19.1. 2010 ging die Staatsgewalt von einem Aufruf zu einer Straftat aus und durchsuchte die Räume der Partei die LINKE in Dresden und einen Infoladen in Berlin. In beiden wurden sämtliche Unterlagen, Plakate Handzettel, einfach alles was für die Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch am 13.2. 2010 in Dresden vorgesehen war, beschlagnahmt. Begründung: Aufruf zu einer Straftat. Weil auf den Plakaten und Zetteln das Wort blockieren stand. Nun war alles weg. Die Mobilisierung sollte eben starten, da kam der Staat und nahm alles mit. Mit besagter Begründung. Nun streiten sich etliche Beteiligte und Unbeteiligte, war die Durchsuchung korrekt oder nicht. Denn eigentlich geht es nicht um eine Straftat sondern um eine Ordnungswidrigkeit, diese würde die polizeilichen Maßnahmen auf keinen Fall rechtfertigen.

Nun, Kopf in Sand war noch nie das Ding der Linken. Also weiter machen.

Und wie. Innerhalb einer Woche nach dieser Aktion hatten sich die UnterstützerInnen für die Gegenaktion mehr als verdreifacht. Es konnten auf Grund des erhöhten Spendenaufkommen ganz schnell 200.000 Plakate nachgedruckt werden Der Staat kriminalisiert den zivilen Protest und versucht ihn im Interesse der Faschisten zu verhindern und erreicht eigentlich das Gegenteil. Jetzt sind wir alle auf dem Trichter: Jetzt erst recht!

Nun gut, wir wissen nicht, welche Überraschungen die Staatsgewalt noch in petto hat, wenn wir am 13.02. nach Dresden kommen, einfach aufgeben und die Faschos blockieren lässt sie uns bestimmt nicht.

Was könnten die Gründe sein, dass sich der Staat so offensichtlich auf die Seite der Faschisten stellt und mit aller Macht den zivilen Widerstand zu verhindern sucht? Eine Möglichkeit könnte der Umstand sein, dass Faschisten schon immer willfähige Büttel des Kapitals waren und ein Garant für die Krisenbewältigung. Und die organisierte Linke nicht vorhat, sich dem Kapital auf Dauer anzudienen.

Also wirft man sich als Staat in die Bresche und verteidigt ausgerechnet für die Faschisten, Holocaustleugner, Hitlerverehrer, Grenzverlaufsleugner, Mörder von Andersdenkenden, geistigen und materiellen Brandstiftern und Volksverhetzer, ausgerechnet für dieses Pack wird das Recht auf Demonstrationsfreiheit vehement angeführt und sämtliche Maßnahmen gegen die protestierende Zivilbevölkerung mit dem Schutz diese Gutes gerechtfertigt. Die haben ein Recht auf Demonstrationsfreiheit. Alle anderen Menschen eigentlich auch, allerdings dürfen sie diesen Faschos nicht in die Quere kommen. Sonst gibt es wie in Arnstadt Verfahren wegen Nötigung, Platzverweise und Handgreiflichkeiten von Polizisten gegen kleine Mädchen und Jungs.

Mein Vater sagt immer: „Diesem Staat sind die Rechten tausendmal lieber als Ihr, es gibt nichts schlimmeres in diesem Land, als Rot zu sein...“ So langsam glaube ich das eben auch. Allerdings habe ich dann auch keine Idee mehr, wie weiter. Vor 15 Jahren gab es schon ein geflügeltes Wort: „Antifa heißt Busfahren...“ Also in diesem Sinne immer wieder den Faschisten hinterherfahren und versuchen die Veranstaltungen zu blockieren. So wie wir das schon seit 1990 machen und immer frustrierter werden. Oder einfach aufgeben, das Gehirn bei Barbara Salesch und Kollegen deponieren und alles einfach laufen lassen? Das Land verlassen und hoffen, dass es in der neuen Heimat besser wird? Weiter organisieren, mobilisieren und sich, selbst um den Preis für Leib und Leben immer weiter den braunen Horden entgegenstellen?

Im Krieg waren die Menschen sich einig: „Lieber ein Leben lang trocken Brot, als noch einmal so etwas zu erleben...“ Der Schwur von Buchenwald beinhaltet eine ähnliche Verpflichtung. Deswegen sollten wir uns, egal wie schwer es uns durch alle Beteiligten gemacht wird, dafür stark machen, dass es nie wieder einen faschistischen Staat gibt, der mit seinem Größenwahn Millionen Menschen in Tod und Elend treibt!

Mama

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Zeisecke, Karin, geb.
21.05.1941,
Rentnerin,
98693 Unterpörlitz,
Ilmenauer Str. 39

*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.

Inhalt:

Wir als eine starke LINKE Partei in der Gesellschaft gebraucht **Seite 3**

Einladung zur Kreismitgliederversammlung **Seite 4**

Abzug – ohne Bedingungen, vollständig und sofort **Seite 5**

Bei der Kreistagswahl haben wir das drittbeste Thüringer Ergebnis **Seite 7**

Positive Bilanz des Stadtvorstandes **Seite 8**

Hassattacken gegen Die LINKE. in neuer Dimension **Seite 8**

So sehen Kompromisse aus **Seite 9**

SPD will an Straßenausbaubeiträgen festhalten! **Seite 10**

Ein Schutzschirm für die Thüringer Kommunen **Seite 11**

Termine **Seite 12**

Wir als eine starke LINKE Partei in der Gesellschaft gebraucht

Nach einem für DIE LINKE erfolgreichem Wahljahr beginnt nunmehr die seit der Parteigründung anstehende Programmdebatte. Sicher, wir haben die Programmatischen Eckpunkte noch beschlossen auf getrennten Parteitagen der damaligen Linkspartei.PDS und der WASG. Sie sind ein noch heute gültiges Dokument aus dem Gründungsjahr der Partei DIE LINKE.

Wir haben zwar aus der WASG und der Linkspartei.PDS eine neue Partei gegründet, jedoch ein Zusammenschluss aus zwei Parteien macht im Prozess ihres Zusammenwachsens noch nicht eine einheitliche Partei aus. Das braucht seine Zeit, zumal unmittelbar nach der Gründung der Partei DIE LINKE Wahljahre vorzubereiten waren.

Sicher, mit den auf Parteitagen in Essen und Berlin beschlossenen Europa- und Bundestagswahlprogrammen sind die in den Programmatischen Eckpunkten enthaltenen Ansätze für die Programmatik einer sozialistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland deutlicher hervorgetreten. Neben diesen weiteren inhaltlichen Aussagen – Antikriegspartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit, Bildung für alle u.a. – gelang es, neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen. Die westlichen Landesverbände haben mit der Neubildung unserer Partei einen großen Mitgliederzuwachs erreicht. Wir sind als Partei mit Fraktionen in sechs Landtagen der westlichen Bundesländer vertreten und kämpfen im größten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, im Mai um den Einzug in einen weiteren westdeutschen Landtag.

Die west- und ostdeutschen Landesverbände und die Landtagsfraktionen in sechs westdeutschen Landtagen haben aus der Partei DIE LINKE in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine gesamtdeutsche Partei werden lassen. Mit dieser Kraft der LINKEN hat sich

die politische Landschaft in der Bundesrepublik verändert.

Diese verstärkte Ausstrahlung aus und in die Gesellschaft erfordert nunmehr auch die Partei „neu aufzustellen“. Der Weg dazu heißt u.a., eine programmatische Diskussion zu führen, die nicht Befürworter von Regierungsbeteiligungen oder generelle Ablehnung an Regierungsbeteiligungen heißt. Der Weg dorthin bedeutet auch nicht: west- gegen ostdeutsche Landesverbände. Der Weg kann nur sein, voneinander zu lernen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir unterschiedliche politische Biogra-

phien und gesellschaftliche Erfahrungen und damit ein unterschiedliches Herangehen an gesellschaftspolitische Prozesse haben. Das kann – wenn unsere Partei in der kapitalistischen BRD weiter an Einfluss in der Gesellschaft gewinnen will und muss – nur über den Weg gemeinsamen Lernens gehen.

In unserem Kreisverband ist es seit Jahren Selbstverständlichkeit, auch mit den Genossinnen und Genossen aus Kassel zusammenzuarbeiten und dies nicht nur durch gegenseitige Hilfe und Unterstützung bei Wahlkämpfen. Das in diesen Tagen in der Partei und vor allem durch die Medien hochgekochte Problem „Ost gegen West“ gibt es in der Praxis des Thüringer Landesverbandes nicht. Es ist nicht unser Problem.

Mit der Vorbereitung des Parteitag im Mai in Rostock tauchen neue Fragen auf, denn neben einer ersten Debatte zu programmatischen Fragen – das neue Parteiprogramm soll auf einem Parteitag im Herbst 2011 beschlossen werden – steht auf diesem

Parteitag entsprechend unserer Satzung die Neuwahl des gesamten Parteivorstandes an. Die Mitglieder des Bundesausschusses sind bereits gewählt, dieses Gremium der Partei hat sich am 31. Januar konstituiert.

Neuwahlen sind in einer Partei, auch wenn sie noch jung ist wie die unsere, nicht problematisch. Aber die aktuelle Situation ist bei dieser Wahl, vor allem wenn es die Parteispitze betrifft, nicht ganz unkompliziert. Oskar Lafontaine, der sich große Verdienste um die Partei und ihre Entwicklung insbesondere in den westlichen Bundesländern erworben hat, tritt auf

Grund seines Gesundheitszustandes, nach einer Krebsoperation, nicht wieder als Parteivorsitzender an. Verständlich.

Lothar Bisky ist mit seiner Wahl in das EU-Parlament und als Vorsitzender der

Europäischen Linkspartei weitestgehend außerhalb von Berlin, dem Sitz des Parteivorstandes, gebunden.

Der langjährige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch scheidet aus dieser Funktion aus. Er wurde von der Bundestagsfraktion zu einem ihrer Stellvertreter gewählt. Ebenfalls scheidet aus Altersgründen der Bundesschatzmeister mit dem Rostocker Parteitag aus dieser Funktion aus. Fasst man es zusammen, so ist auf dem Bundestag die gesamte Spitze der Partei neu zu wählen.

Gregor Gysi hat in dieser Situation als Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag die Initiative ergriffen und gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Parteivorstand, den Landesvorsitzenden der Partei aus Ost und West sowie den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen einen Vorschlag für die Neubesetzung dieser Funktionen unterbreitet. Dabei geht es sowohl um die Beachtung der Funktionsbesetzung durch Ost und West sowie um Frau und Mann.

Daraus entstanden die Vorschläge,

DIE LINKE.



Gesine Löttsch – aus dem Osten und Frau – und Klaus Ernst – einer der Mitbegründer der WASG aus Bayern und Mann – zu Parteivorsitzenden zu wählen. Die Funktionen des Bundesgeschäftsführers sollen mit Caren Ley und Werner Dreibus im gleichen Verhältnis besetzt werden. Dies betrifft auch die Vorschläge für die stellvertretenden Parteivorsitzenden: Neben den wieder kandidierenden Katja Kipping und Halina Wawzyniak werden neu für diese Funktion vorgeschlagen Sahra Wagenknecht und Heinz Bierbaum aus dem Saarland. Außerdem sollen Halina Wawzyniak und Ullrich Maurer sich als „Parteibildungsbeauftragte“ darum kümmern, die Verständigung zwi-

schden den LINKEN in Ost und West zu verbessern. Zu diesen Vorschlägen gibt es in den Landesverbänden – ob Ost oder West – unterschiedliche Auffassungen, leider auch von Genossen, die an dieser o.g. Beratung teilgenommen haben. Sicher umstritten ist der Vorschlag, die Funktion des Bundesgeschäftsführers doppelt zu besetzen. Jedoch deshalb von einer „Krise“ in der Partei zu sprechen, halte ich Politik schädigend. Was wir brauchen ist: in Ruhe und Gelassenheit mit diesen Vorschlägen umzugehen. Gewählt wird auf dem Parteitag in Rostock im Mai. Bis dahin sollten wir die Programmdebatte vorantreiben, uns auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen konzentrieren

mit dem Ziel, in den siebten westdeutschen Landtag einzuziehen, und auch über personelle Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes diskutieren. Wir haben eine Verantwortung in der Gesellschaft. Unsere Wähler aus dem Jahr 2009 erwarten von uns politisches Handeln – im Bund, in den Ländern, in den Kreisen und an der Basis. So sollten wir wieder praktische Politik gestalten: Eintreten für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, gegen weiteren Sozialabbau, gegen Kinder- und Altersarmut in der Gesellschaft und Bildung für alle. Dafür werden wir als eine starke LINKE Partei in der Gesellschaft gebraucht.

Jochen Traut

Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich Euch recht herzlich zu einer Kreismitgliederversammlung

**für Freitag, dem 26. Februar 2010
 nach Plaue, Hotel „Plauescher Grund“, Bahnhofstraße 18, ein.**

Beginn: 17.00 Uhr

Vorschlag Tagesordnung:

- Bericht des Kreisvorsitzenden
- Beratung und Beschluss Finanzplan 2010
- Diskussion zukunftsfähiger Strukturen im Kreisverband
- Nachwahl eines weiblichen Mitglieds des Kreisvorstands

Zu unserer Kreismitgliederversammlung hat Knut Korschewsky, Landesvorsitzender DIE LINKE. Thüringen, sein Kommen zugesagt.

*Eckhard Bauerschmidt
 Kreisvorsitzender*

Impressum

*Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
 Langweiliger Prophet*

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.03. 2010. Auch im Netz unter: <http://www.die-linke-ilmkreis.de>

Gregor Gysi: Abzug – ohne Bedingungen, vollständig und sofort

Aus der Rede Gregor Gysis am 27. Januar im Bundestag - Antwort auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 in London

Welche Gründe gibt es eigentlich für den Krieg in Afghanistan? Diese Frage steht, auch wenn Sie, Herr Gabriel, den Krieg nicht Krieg nennen wollen, obwohl Bomben geworfen werden und millionenfach geschossen wird. Das ist nichts anderes als Krieg, Herr Gabriel.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, erklären erstens den Kampf gegen den Terrorismus zum Ziel. Die Terroristen waren und sind in der al-Qaida organisiert. Deren Lager in Afghanistan sind zerstört, die Finanzströme stillgelegt. Al-Qaida operiert jetzt von Pakistan und anderen Ländern aus. Wenn Sie ernsthaft glauben, Terrorismus mit Krieg bekämpfen zu können, müssten Sie Afghanistan unverzüglich verlassen und in anderen Ländern Krieg führen, aber das ohne Ende, weil es dann immer irgendwelche Wechsel der Terroristinnen und Terroristen gäbe.

Nur, mit Krieg kann man niemals wirksam Terrorismus bekämpfen; im Gegenteil, man erzeugt neuen Terrorismus. Im Krieg sterben immer Unbeteiligte, Unschuldige, am Kundus nun eindeutig auch durch die Bundeswehr. Diese haben Angehörige, haben Freundinnen und Freunde, bei denen Hass entsteht. So gelingt es den Bin Ladens dieser Erde, immer wieder neue Terroristinnen und Terroristen zu rekrutieren. Einen Bin

Laden kann niemand von uns verhindern; aber dass er so viele für Gewaltakte gewinnen kann, das könnte man verhindern, aber niemals mit Krieg. Hauptursache des globalen Terrorismus ist die Ungerechtigkeit des Westens gegenüber der Dritten und der muslimischen Welt. Statt Ausweitung des Krieges auf den Jemen und auf Somalia wären Friedenslösungen wichtig: für Afghanistan, für den Irak,

die Taliban zu bekämpfen. Die Taliban sind aber keine internationalen Terroristen, wenngleich sie den Terroristen von al-Qaida erlaubt haben, sich in Afghanistan auszubilden. Die Taliban haben keine internationalen Ziele, schon gar keine terroristischen, sondern sie wollen ein bestimmtes Regime in Afghanistan wieder errichten, das uns allen nicht gefällt.

Präsident Karsai versucht, mit bestimmten Taliban einen politischen Ausgleich zu finden; anders geht es auch nicht. Wenn Sie im Unterschied zu Minister zu Guttenberg ernsthaft glauben, eine demokratische Kultur europäischer Prägung in Afghanistan installieren zu können, werden Sie mit Ihrem Krieg genauso scheitern. Alle Versuche, die Kultur und Struktur des Landes militärisch zu verändern, sind gescheitert. Das gilt für den britischen Versuch, für den sowjetischen Versuch und für den jetzigen Versuch der NATO.

Indirekt und wahrscheinlich eher unbewusst bestätigt dies Hans-Ulrich Klose von der SPD, indem er sagt, dass neun Wochen nach dem Abzug der NATO-Truppen gegenwärtig die alte Taliban-Herrschaft wieder installiert wäre. Mit anderen Worten: Er sagt, dass der neunjährige Krieg diesbezüglich völlig sinnlos war, weil er demnach nichts an Strukturen geändert hat.

Sie sagen drittens, dass es Ihnen um den zivilen Aufbau gehe, der nur militärisch abgesichert werden müsse, solange keine ausreichende eigene afghanische Sicherheitsstruktur vorhanden sei. Die Organisation der UNO, die UNDP, hat über den zivilen Aufbau in Afghanistan folgenden Be-



richt vorgelegt, den Sie, Frau Bundeskanzlerin, leider nur einseitig wiedergegeben haben. Zunächst werden Verbesserungen festgestellt. Beim Zugang zur Grundschule gibt es einen Anstieg von 54 auf 60 Prozent der Kinder. Nach neun Jahren Krieg von 54 auf 60 Prozent der Kinder! Bei der Alphabetisierung gibt es einen Anstieg von 34 auf 36,5 Prozent der Bevölkerung. Die Kindersterblichkeit ist von 257 auf 191 bei 1 000 geborenen Kindern reduziert worden. Der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner mit Zugang zu Wasser ist von 23 auf 41,4 Prozent angestiegen.

Dann beschäftigt sich der UN-Bericht mit Verschlechterungen und stellt fest: Der Prozentsatz der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ist von 33 auf 42 Prozent angestiegen. Die Unterernährung betrifft nicht mehr 30, sondern 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sanitären Einrichtungen erlebte einen Rückgang von 12 auf nur noch 5,2 Prozent. Die Zahl der Menschen, die in Slums leben, beträgt nicht mehr 2,4 Millionen, sondern 4,5 Millionen. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen stieg von 26 auf 47 Prozent an. Mohnfelder zur Gewinnung von Rauschgift umfassen nicht mehr 131 000, sondern 193 000 Hektar.

Zusammengefasst heißt das, dass sich die Situation trotz einiger Fortschritte letztlich nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert hat. Die Hauptrichtung war nie der zivile Aufbau; denn die USA setzen zehnmal so viel Geld für die Finanzierung des Krieges wie für die Entwicklungshilfe ein. Deutschland setzt viermal so viel Geld für den Krieg wie für die Entwicklungshilfe ein.

Es gibt sechs afghanische Organisationen der Zivilgesellschaft, die von der Afghanistan-Konferenz in London wörtlich Folgendes fordern: Die Entwicklung Afghanistans muss durch Afghanen erfolgen und rechenschaftspflichtig gegenüber den afghanischen Bürgerinnen und Bürgern sein. Die Entwicklungshilfe sollte nicht mit militärischen Zielen verbunden werden. Hilfe ist keine Waffe.

Dieser Forderung schließt sich die Fraktion Die Linke in vollem Umfang an. Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen es

nicht, aber viele vermuten, dass es Ihnen, viertens, auch um ökonomische Ziele geht. Es gab langjährige Verhandlungen der USA mit den Taliban über den Bau einer Erdgasleitung von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan. Mehr Unabhängigkeit von Russland war und ist ebenso das Ziel wie gigantische Profite. Während eines Krieges kann man keine Erdgasleitung bauen. Selbst solche Strategen brauchten irgendwann ein Ende des Krieges. Im Übrigen darf doch aber noch darauf hingewiesen werden, dass solche Motive für Kriege nicht nur höchst unmoralisch, sondern auch eindeutig völkerrechtswidrig sind.

Zusammenfassend gibt es also keinen anderen verantwortbaren Weg für Afghanistan und für Deutschland als den Weg des Abzugs der Bundeswehr, und zwar ohne Bedingungen, vollständig und sofort, das heißt noch in diesem Jahr, verbunden mit einer deutlichen Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau.

Nur wenn ein solcher ziviler Aufbau stattfindet, nur wenn die Menschen eine neue und höhere Lebensqualität erfahren, kann man sie so stark motivieren, dass sie diskriminierende, kulturell unerträgliche Herrschaftsstrukturen wie die der Taliban so sehr ablehnen, dass sie nicht, schon gar nicht dauerhaft, wieder installiert werden können.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt er wieder mit der Selbstbefreiung der unterdrückten Völker!)

Die Afghaninnen und Afghanen können sich nur selbst befreien. Dabei können wir helfen, aber wir können dies niemals militärisch erzwingen.

Die Bundesregierung geht weiterhin einen völlig falschen Weg. Die Aufstockung der Zahl der Soldaten, egal welche Motive Sie angeben, führt zu einer Verschärfung und nicht zu einer Verbesserung der Situation. Die SPD unterstützt das wie gewohnt und verkündet zusammen mit einigen aus der Regierung als neue Entscheidung, dass sie dann, wenn die USA mit einem Truppenabzug 2011 beginnen, ebenfalls damit beginnen wollen, wobei kein Termin für das Ende des Abzugs genannt wird. Die Logik, erst aufzustoßen, um dann mit dem Ab-

zug zu beginnen, ist zwar nicht nachvollziehbar; aber wenn das neu ist, dann heißt das, dass diese Vertreter der Regierung und der SPD bisher der Meinung waren, länger als die USA in Afghanistan zu bleiben. Das erscheint mir doch mehr als erstaunlich.

Im Übrigen bleibt Folgendes unerklärbar: Wenn in neun Jahren die Ausbildung von Armee und Polizei nicht gelungen ist, sodass laut Hans-Ulrich Klose die alte Taliban-Herrschaft neun Wochen nach Abzug der Truppen der NATO wieder etabliert wäre, wie wollen Sie dann innerhalb eines Jahres das zustande bringen, was Ihnen in neun Jahren nicht gelungen ist? Daran können nicht einmal Sie selbst glauben.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben kein Konzept. Sie stocken die Zahl der Soldaten auf und wissen nicht, wie Sie die Situation endlich beherrschen können, wie die Soldaten aus Afghanistan herauskommen können. Ihnen fehlt der Mut, wie ihn Länder wie Kanada und die Niederlande gezeigt haben bzw. beginnen, zu zeigen, den USA und anderen NATO-Partnern einfach und deutlich zu sagen: Wir ziehen die Bundeswehr ab; wir halten den Krieg für das falsche Mittel; wir wollen den Afghaninnen und Afghanen wirksam, das heißt zivil, helfen. Wenn Sie diesen Mumm bewiesen, Frau Bundeskanzlerin Merkel, dann könnten Sie diesbezüglich positiv in die Geschichte eingehen. Wenn Sie den USA aber nur hinterher rennen, schaden Sie nicht nur Afghanistan, sondern auch unserem Land.

Die einzige Fraktion im Bundestag, die schon immer klar gegen diesen Krieg gesprochen hat und dabei bleiben wird, das ist die Fraktion Die Linke.

Bei der Kreistagswahl haben wir das drittbeste Thüringer Ergebnis

Klausur des Kreisvorstandes und des Kreiswahlbüros DIE LINKE. im Ilm-Kreis

Trotz heftigen Winterwetters war die Sonnabend-Klausur des Kreisvorstandes und des Kreiswahlbüros der LINKEN am 30. Januar im Thüringer Landtag gut besucht. Eine Auswertung des Superwahljahres 2009 und vor allem Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit der LINKEN im Ilm-Kreis standen auf der Tagesordnung der ausführlichen Beratung.

Der Kreisvorsitzende Eckhard Bauerschmidt hatte zunächst per Power-Point-Präsentation (wie auch folgende RednerInnen) zu den Wahlkampfthemen und zur Kandidatengewinnung detailliert gesprochen. (Das Ergebnis im Ilm-Kreis bei der Kreistagswahl ist nach Sonneberg und Sömmerda das drittbeste Ergebnis der LINKEN in Thüringen). Sein Fazit zur künftigen Umgehensweise:

- Trennung der Wahlprogrammverabschiedung von der Aufstellung der Kreistagsliste
- Aufstellung der Kreistagsliste grundsätzlich an einem Samstag
- Vorschlag des Kreisvorstandes für Listenplätze
- territoriale Ausgewogenheit der KandidatInnen

Klaus Häßner als Leiter des Kreiswahlbüros schlug vor, dass dort, wo als nächstes Bürgermeister-Wahlen stattfinden, ein LINKEN-Vertreter der Basisorganisation/bzw. Gemeinde in das Kreiswahlbüro kooptiert wird. Dieses wird ab März seine Arbeit wieder aufnehmen

Steffen Dittes analysierte die Ergebnisse der Kommunalwahl. Er hatte dazu im Auftrag des KOPOFOR und des Landeswahlbüros eine umfassende Studie vorgelegt. Dem Ilm-Kreis bescheinigte er eine hohe kommunalpolitische Kompetenz, was die Wahl-Ergebnisse nicht in jedem Fall widerspiegeln. Das Wählerklientel sei relativ stabil und die Stimmenzahlen bei den Bundestagswahlen und wenn es um ideologische und grundsätzliche Positionen geht besonders hoch. Allerdings hatte DIE LINKE bei den Kommunalwahlen landesweit in nur 22 Prozent aller Gemeinden Kandidaten aufgestellt, im Ilm-Kreis in 14 Gemeinden – ohne Beachtung der Mitglieder, die auf anderen Listen kandidiert haben (z.B. Plaue).

Zur Plakatierung hatte Thomas Schneider Ausführungen gemacht und kritisiert, dass es nach wie vor eine getrennte Verantwortung nach südlichem und nördlichem Ilm-Kreis innerhalb des Kreisverbandes gibt, was die konkrete Arbeit erschwert. Zudem werde die Personaldecke immer dünner und diejenigen, die sich einbringen, müssen immer mehr Aufgaben übernehmen.

Sabine Berninger hatte sich zu den Wahlmaterialien mit einer ausführlichen Analyse und Einschätzung geäußert. Überwiegend gelungen sei die einheitliche Gestaltung für alle zentral und regional

Kontaktfeld bei uns gemeldet.

Rita Bader sprach zur Mobilisierung der Mitglieder, die bei uns im Ilm-Kreis inzwischen ein Durchschnittsalter von 63,5 Jahren haben. Klaus Leuner betonte für den südlichen Ilm-Kreis: Wenn für die Wahlen die Anzahl der Presseartikel ausschlaggebend wären, hätten wir die Wahl gewonnen. Wir sollten die Wirkung der Medien nicht überschätzen. Zur Verwendung der Finanzen im Wahlkampf hatte Klaus Häßner auf die Notwendigkeit eines effektiven Mitteleinsatzes aufmerksam gemacht.

In der Diskussion verwies Thomas

Schneider auf das derzeit in Arnstadt diskutierte Konzept der Herstellung einer Gegenöffentlichkeit. Sabine Berninger forderte eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit auch aus dem Wahlkreisbüro heraus. Mehr GenossInnen sollten an den Infoständen einbezogen werden. Nicht alle melden sich alleine, also müsse auf die Mitglieder aktiv zugegangen werden. Jochen Traut sagte, dass die gesellschaftlichen Schichten beachtet



hergestellten Flyer. Eigenproduktionen seien allerdings teilweise misslungen und damit eher kontraproduktiv für das Erscheinungsbild der LINKEN. Notwendig sei hier eine bessere Kommunikation mit den Büros und dem Wahlbüro.

Rolf Büttner sprach zu den Wahlkampfmitteln. Es habe sich bewährt, dadurch mit den WählerInnen ins Gespräch zu kommen. Allerdings sollten Info-Stände keine Selbstbedienungsläden sein. Wahlzeitung und Flyer konnten in Arnstadt durch ein gutes Verteilungssystem über die Basisorganisationen - trotz dünner Personaldecke – in die Briefkästen verteilt werden.

Weitere Genossinnen und Genossen hatten sich zur Klausur auf Schwerpunkte vorbereitet und dazu Ausführungen gemacht. So sprach Anke Hofmann zu den zentralen Wahl-Touren und speziellen Aktionen, Gerhard Pein zu den Infoständen, die ein gutes Stimmungsbarometer seien, und Gerhard Sachse zu unserem Internet-Auftritt. Hier seien dringend aktuelle Zuarbeiten notwendig. Auch müsse die Arbeit mit (bewegten) Bildern ausgebaut werden. Allein vier neue Mitglieder haben sich über das Internet-

werden müssten und eine Analyse der gesellschaftlichen Situation im Kreis notwendig sei ebenso wie die Organisation von Veranstaltungen in den Orten zur Mitgliederpflege und Gewinnung neuer Mitglieder.

Klaus Wunder sagte, dass zu wenige auf den Wahl-Listen stehen, die öffentlich wahrgenommen werden, weil sie „im Leben“ stehen. Bei den jungen Menschen stehe die Berufswahl im Vordergrund, nicht das politische Agieren. Zudem müssten sich Linke müssen sich in der Gesellschaft auch als solche zu erkennen geben.

Der Diskussionsbedarf sei deutlich, so Klaus Leuner. In Immenau sollte alle zwei Monate eine inhaltliche Gesamtmitgliederversammlung stattfinden, um den Erfahrungsaustausch zu nutzen und zu entwickeln. Dass der Diskussionsprozess fortgeführt werden müsse und kritisch sowie selbstkritisch mit Ergebnissen der Wahl umgehen umgegangen werden müsse, betonte abschließend Eckhard Bauerschmidt.

A. Rudolph

Positive Bilanz des Stadtvorstandes

DIE LINKE. Arnstadt wählte neuen Vorstand – Sabine Berninger, wiedergewählte Stadtvorsitzende, zog positive Bilanz

Am 16. Januar trafen sich im Saal des Gast- und Logierhauses „Goldene Henne“ der Kreisstadt die Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes DIE LINKE. Arnstadt zur turnusmäßigen Neuwahl des Stadtvorstandes.

Sabine Berninger, alte und (zum dritten Mal) wiedergewählte Vorsitzende der Arnstädter LINKEN, zog eine positive Bilanz der vergangenen Legislaturperiode. Das Superwahljahr 2009 sei ein ereignis- und arbeitsreiches für den Stadtverband gewesen, „das wir gemeinsam erfolgreich gemeistert haben“. Mit dem Wahlergebnis zur Stadtratswahl im Juni 2009 – bei der DIE LINKE nicht wie 2004 als stärkste Stadtratsfraktion hervorgegangen war – ergänzen sich mit Blick auf die spätestens 2012 stattfindende Bürgermeisterwahl neue Herausforderungen: „Wir wollen versuchen, die politische Landschaft der Stadt im Sinne von mehr sozialer Ge-

rechtigkeit und demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten zu beeinflussen.“

Entsprechend beauftragte die Arnstädter LINKE den neu gewählten Stadtvorstand, „in Kooperation mit der Stadtratsfraktion ein Konzept des Stadtverbandes für die kommenden Jahre vorzulegen. Das Konzept soll Thesen und Handlungsoptionen zur Veränderung der gesellschaftspolitischen Situation in der Stadt Arnstadt sowie strategische Überlegungen zur Entwicklung des Stadtverbandes beinhalten“, in den Basisorganisationen des Stadtverbandes diskutiert und von einer im Herbst einzuuberufenden Mitgliederversammlung beschlossen werden.

„In der Diskussion wurde insbesondere deutlich, dass es wichtig ist, die Politik und Positionen der LINKEN in und für Arnstadt für Interessierte besser zu kommunizieren, da die zugänglichen Medien immer nur eine Seite der Medaille – und nicht einmal die immer sachlich vollständig und richtig – darstellen“, so Sabine Berninger.

Für die kommenden Jahre steht den Arnstädter LINKEN, so die einhellige

Meinung, mit dem 2009 beschlossenen Wahlprogramm zur Stadtratswahl ein solides Politikkonzept zur Verfügung, für das es gilt, in- und besonders auch außerhalb des Stadtrates Mehrheiten zu organisieren.

Ganz aktuelle Aufgaben für den neuen Vorstand sind die Initiierung des am 10. Februar startenden Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in der Arnstädter Region sowie die Mitarbeit in einem überregionalen Bündnis, das zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus für April die dritte Auflage des „Mahngangs wider das Vergessen“ entlang der Strecke des Todesmarsches von Ohrdruf nach Buchenwald vorbereitet.

Dem neu gewählten Arnstädter Stadtvorstand gehören neben Sabine Berninger als Vorsitzende Rosedore Kutzner, Enrico Brühl, Rolf Büttner, Jens Christoph und Klaus Häbner an. Ingrid Loesche, die nicht wieder kandidiert hatte, dankten der Kreis- und die Stadtvorsitzende ausdrücklich und sehr herzlich für ihre Mitarbeit in den vergangenen Jahren.

Hassattacken gegen Die LINKE. in neuer Dimension

Die Hassattacken gegen Die LINKE in Arnstadt durch CDU „Pro Arnstadt“ und dem Bürgermeister Christian Köllmer haben im neuen Jahr eine bisher nicht für möglich gehaltene Dimension erhalten.

Der Bürgermeister und die ihn tragenden Fraktionen sind schon traditionell anti-links und haben daraus nie einen Hehl gemacht. Basierend auf einem völlig überzogenem und einseitigen DDR-Geschichtsbild, das sehr stark von der Gleichsetzung von Faschismus und dem Sozialismusversuch der DDR geprägt ist, wird DIE LINKE schon seit Jahren als undemokratisch und in Teilen als extremistische Partei bezeichnet und auch so behandelt. Der LINKEN wird in diesem Zusammenhang das Recht auf gleichberechtigte Teilnahme am politischen Geschehen in Arnstadt abgesprochen.

Selbst in den Ansprachen während des Neujahrsempfangs hat der Bürgermeister immer wieder seine anti-linke Haltung gezeigt. Dieses Verhalten ist für einen Bürgermeister sehr bedenklich, ist

doch DIE LINKE im Stadtrat stark vertreten und unterliegt Herr Köllmer zudem als kommunaler Wahlbeamter dem beamtenrechtlichen Neutralitäts- und Zurückhaltungsgebot.

Seit Jahresbeginn schlagen der Bürgermeister und die Fraktionen von CDU und „Pro Arnstadt“ noch intensiver auf DIE LINKE ein. Nicht nur, dass der LINKEN jegliche Kompetenz und das Recht auf politische Mitwirkung abgesprochen werden, fordern die Kritiker der LINKEN Stadträte zur Rückgabe ihres Mandates auf.

Eine entsprechende Erklärung gab der Fraktionsvorsitzende „Pro Arnstadt“, Georg Bräutigam, in der jüngsten Stadtratsitzung ab. Er war sich dabei auch nicht zu schade, DIE LINKE als Brandstifter zu bezeichnen. Das Agieren der LINKEN käme laut Bräutigam einem flächendeckenden Stadtbrand gleich.

„Pro Arnstadt“ scheute sich auch nicht, von einer gewünschten „Vertreibung vor die Tore der Stadt“ zu sprechen. National-patriotische Töne gegen Andersdenkende und Nicht-Deutsche sind

gerade bei „Pro Arnstadt“ nicht neu. Doch diese in der jüngsten Stadtratsitzung an den Tag gelegten Hassattacken gegen DIE LINKE sind von neuer Dimension und völlig inakzeptabel.

Der Bürgermeister und die Fraktionen von CDU und „Pro Arnstadt“ begründen ihr jetziges Agieren mit einer Landtagsanfrage von zwei Abgeordneten der LINKEN. Sabine Berninger und Frank Kuschel, die auch Stadträte sind, hatten im Rahmen einer Anfrage im Landtag das Handeln der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) bei der Ansiedlung von Unternehmen hinterfragt. Hintergrund war die öffentliche Kritik des Erfurter Oberbürgermeisters Andreas Bausewein (SPD) an der Standortpolitik der LEG.. Bausewein warf der LEG vor, diese würde mit „Kampfpreisen“ bewusst Unternehmen aus Erfurt nach Arnstadt umsiedeln.

DIE LINKE hält es für problematisch, dass die LEG mit Steuergeldern die kommunale Konkurrenz bei der Ansiedlung von Unternehmen befördert. DIE LINKE setzt hier vielmehr auf Koopera-

tion und hatte im Stadtrat eine Aktuelle Stunde beantragt und einen Beschlussantrag gestellt.

In diesen Positionen und Handeln der LINKEN sehen der Bürgermeister und die Fraktionen von CDU und „Pro Arnstadt“ eine Kampfansage gegen die Stadt. Nach deren Überzeugung haben Stadträte ausschließlich die Interessen der Stadt zu verfolgen. Alles was jenseits der Ortseingangsschilder liegt wäre demzufolge tabu. Eine solche Abschottungspolitik lehnt DIE LINKE ab und sieht stattdessen Arnstadt als Bestandteil einer Region und fordert eine Kooperation mit den umliegenden Orten.

Im Übrigen hat die Diskussion im Stadtrat gezeigt, dass die Aufregung von „Pro Arnstadt“ und der CDU eher als „Luftnummer“ zu bezeichnen ist. So ist das Industriegebiet „Erfurter Kreuz“ in Mittelhüringen konkurrenzlos und eine diesbezügliche Landtagsanfrage kann selbst bei völliger Uminterpretierung niemals als Schädigung des Ansehens der Stadt Arnstadt bewertet werden. Die Anfrage diene ausschließlich der Versachlichung der Debatte, die der Erfurter Oberbürgermeister begonnen hat. Eigentlich hätte der Arnstädter Bürgermeister reagieren müssen, was er jedoch nicht tat. Vielmehr eröffnete Köllmer

eine neue Hetzkampagne gegen die LINKEN.

So stellt sich die Frage, weshalb die Hassattacken gegen DIE LINKE?

Es hat wohl mit der politischen Grundhaltung von Bürgermeister Köllmer, der CDU und von „Pro Arnstadt“ zu tun. Einfluss haben wohl auch die unübersehbaren Mängel und Verwerfungen in der Arbeit des Bürgermeisters. Die Erfolge halten sich in Grenzen und so wird das „Feindbild DIE LINKE“ weiter aufgebaut, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Frank Kuschel

Aus dem Kreistag berichtet:

So sehen Kompromisse aus

Ein Novum hatte die jüngste Kreistagssitzung am 26. Januar zu vermelden: Zum ersten Mal war die Fraktion DIE LINKE komplett anwesend und zum ersten Mal gab es einen gemeinsamen Vorschlag von der Linkspartei und der SPD, dem alle anwesenden Mitglieder der Fraktionen zustimmten. Neu war dies vor allem für die SPD, die sicherlich davon „profitierte“, dass Erwin Erdmann fehlte, aber immerhin hat Horst Brandt, Bürgermeister von Langewiesen, sich dem Antrag in namentlicher Abstimmung angeschlossen.

Worum ging es?

Um einen Änderungsantrag zum Haushalt 2010, bei dem die SPD sich unserer Forderung anschloss, die zu erwartenden Mehreinnahmen bei den Zuweisungen vom Land für die Deckung des Vermögenshaushaltes einzusetzen, Gelder für das Projekt „Gesunde Ernährung an Grundschulen“ zu verwenden und die Kreisumlage um 370.000 Euro zu senken.

Die SPD wollte 60.000 Euro zusätzlich für den ÖPNV, und wir haben auf die Forderung verzichtet, die Mittel für die „Beschäftigungsinitiative Ilmkreis“ aufzustocken.

So sehen Kompromisse aus.

Der Antrag wurde abgelehnt. Die „bürgerliche“ Mehrheit des Landrates steht. CDU, Freie Wähler und FDP

stimmt geschlossen gegen LINKE, SPD und Grüne.

Grün hat sich verjüngt. Mit Madeline Henfling aus Ilmenau hat eine der Landessprecherinnen der Partei das

Sitzung zu hören. Hintergrund waren die Aussagen von Klaus von der Krone (CDU) bei der Debatte um die Notwendigkeit eines weiteren Beigeordneten (Linkes Echo berichtete).

Abgeschmettert wurde unser Antrag, den Landrat zu beauftragen, kostenpflichtige Widerspruchsbescheide für Bürger der Gemeinde Geraberg zurück zu nehmen. Moralisch war dieser Antrag aus unserer Sicht sicher gerechtfertigt. Rechtlich, das muss so gesagt werden wie es ist, rechtlich ist ein solcher Antrag nicht haltbar.

Gut aufgenommen wurde der Bericht zur Agenda 21, selbst bei meiner Stellungnahme als Vorsitzender des Umweltausschusses haben alle geklatscht. Das kann als Zeichen gewertet werden, dass fraktionsübergreifend wieder für mehr politische Streitkultur gesorgt werden soll.

Auch die öffentliche Entschuldigung des Landrates bei mir für einen missratenen Vergleich bei der Haushaltsdebatte, kann in diese Rubrik eingeordnet werden.



von Norbert Zeike abgegebene Kreistagsmandat übernommen. Ein Gewinn!

Der Kreistag kam stockend zu Stande. Die Linksfraktion hatte die Zustimmung zum Protokoll der vorigen Sitzung verweigert und beantragte die Tonbandaufzeichnung der Dezember-

Eckhard Bauerschmidt

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

SPD will an Straßenausbaubeiträgen festhalten!

„Entgegen ihrer Aussagen im Wahlkampf hat die Arnstädter SPD-Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer im Landtag das Festhalten der SPD an den umstrittenen Straßenausbaubeiträgen begründet, und zwar mit fadenscheinigen „Argumenten“, kritisiert die Linksabgeordnete Sabine Berninger.

Die SPD-Politikerin schreckte nicht davor zurück, den Kritikern der Straßenausbaubeiträge vorzuhalten, sie wollten Kindertagesstätten schließen, die Bildungsangebote zurückfahren, Schwimmbäder schließen oder bei der Kultur kürzen. Frau Mühlbauer wies insbesondere die Forderung der LINKEN auf perspektivische Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zurück.

„Für die SPD kommt auch nicht die sächsische Lösung infrage“, äußert Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der LINKEN aus Arnstadt, sein Unverständnis. In Sachsen können die Kommunen selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben. In Thüringen gibt es die „schärfsten Regelungen“ zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Hier müssen die Kommunen in allen Fällen diese Beiträge erheben und dies rückwirkend

bis 1991. Bisher haben die Bürger in Thüringen rund 600 Millionen EUR Straßenausbaubeiträge bezahlt. Über 250 Millionen EUR sind für bereits realisierte Baumaßnahmen noch fällig. Für Straßenausbaumaßnahmen der nächsten zehn Jahren drohen Beitragsbelastungen bis zu 1 Milliarden EUR.

Auch in Arnstadt tobt der Streit um die Straßenausbaubeiträge, im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Beitragserhebung in der Lessingstraße. Bleibt die SPD bei ihrer jetzigen Forderung, müssen auch die Arnstädter Bürger mit erheblichen Mehrbelastungen bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge rechnen. Gemessen an den jetzigen Arnstädter Satzungsregelungen könnte sich die Belastung verdoppeln.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Frau Mühlbauer mit unzutreffenden Vergleichen und Aufrechnungen eine sachliche Diskussion verhindert“, mahnt Sabine Berninger an.

Seit 15 Jahren soll in Thüringen eine Lösung zu den Straßenausbaubeiträgen gefunden werden, bisher ohne Erfolg. Nun will die Thüringer Landesregierung einen neuen Anlauf nehmen. „Eine finanzielle Beteiligung der Bürger an den Kosten für den Straßenausbau erfolgt

nur noch in 13 Bundesländern, außerhalb der Bundesrepublik überhaupt nicht mehr“, erläutert Frank Kuschel. Die Landesregierung will jedoch im Wesentlichen an der jetzigen Praxis festhalten und nur Zahlungserleichterungen für die Bürger in Erwägung ziehen.

DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne und die Bürgerinitiativen wollen jedoch zumindest den Einstieg in den Ausstieg aus der Straßenausbaubeiträge. Seit zehn Jahren hat hierzu die LINKE Vorschläge und Finanzierungsalternativen im Landtag eingebracht, die bisher am Widerstand der CDU scheiterten. „Was in Sachsen, im Saarland, in Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg möglich ist, darf in Thüringen nicht verteufelt werden“, fordern Berninger und Kuschel abschließend. Noch bei der Demonstration der Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben im Sommer vor dem Thüringer Landtag in Erfurt hatte Mühlbauer für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge argumentiert. „Aber da war ja auch noch Wahlkampf...“, so die beiden LINKE-Abgeordneten empört.

*Sabine Berninger,
Frank Kuschel*

Petra Enders:

Solar-Kürzungspläne gefährden Klimapolitik und Wirtschaftsstandort Thüringen

„Wer den Klimawandel ernst nimmt und sich von der lebensgefährlichen Atomenergie verabschieden will, muss die Solarbranche weiterhin fördern“, so Petra Enders, energiepolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag anlässlich des bundesweiten Aktionstages am 4. Februar.

Die Abgeordnete verweist auf den von der LINKEN in der jüngsten Landtags-sitzung eingebrachten Antrag, der eine positive Resonanz fand: „Die Landesregierung wird gegen die von Bundesumweltminister Röttgen (CDU) angedachte Senkung der Einspeisevergütung mobil machen. Setzt sich allerdings die Bundesregierung durch, wird ein wichtiges Standbein der Thüringer Wirtschaft und Forschung ernsthaft beschädigt, sind geplante Investitionen in Gefahr und ein grundlegender Wechsel im Energiesektor hin zu einer

dezentralen Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung wird sabotiert“, betont Petra Enders. Hunderte gerade erst entstandene Arbeitsplätze seien in Gefahr.

Zudem fehlten dann zahlreichen kommunalen Projekten zur energetischen Eigenversorgung, wie z.B. dem Bürgerkraftwerk in Ilmenau oder dem in Vorbereitung befindlichen Projekt „Energieautarke Stadt Großbreitenbach“, die Perspektiven. Petra Enders erinnert daran, dass Kohle- und Atomstrom über Jahrzehnte mit Milliardenbeträgen subventioniert wurden – „die Folgen sind bekannt“.

Die Energiepolitikerin bekräftigt ihre Überzeugung: „Der Energie-Wechsel muss kommen. Bei der Förderung der Solarbranche geht es auch um Berechenbarkeit und nicht um Aktionismus. Die zu erwartenden Leistungs-

steigerungen bei Solarzellen stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zu den im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschriebenen jährlichen Senkungen der Einspeisevergütung. Sie ermuntern im zunehmenden Maße Privathaushalte und Kommunen in Solar und Fotovoltaik zu investieren. Das ist der richtige Weg!“

**Wenn die Welt
eine Bank
wäre, hättet Ihr
sie schon längst
gerettet!**

Ein Schutzschirm für die Thüringer Kommunen

Wer bei sozialen Strukturen spart, vergeht sich an der Zukunft des Landes

Immer mehr Thüringer Kommunen stehen vor erheblichen finanziellen Problemen. Vor allem für Projekte und Einrichtungen, die sozial und kulturell ausgerichtet sind, die sich an Kinder und Jugendliche wenden, ist kein Geld mehr da. Was kommen wird, ist in Anbetracht des noch immer ausstehenden (defizitären) Landeshaushalts mehr als ungewiss und sicher nur eines: Die Steuereinnahmen brechen immer weiter weg. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Kommunalabgeordneten und Betroffenen hat die LINKE-Fraktion am 27. Januar vor der Bannmeile am Thüringer Landtag Alarm geschlagen. Die klammen Kommunalkassen wurden mit dem Verteilen einer dünnen Suppe versinnbildlicht und ein (roter) Schutzschirm für die Kommunen aufgespannt.

Die Landesregierung trage die Verantwortung, „jetzt wird deutlich, dass eine weitere Kürzung bei den Kommunal-

finanzierungen an die Substanz geht“, hatte der Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der LINKEN, Knut Korschewsky, in der Einladung zur Aktion betont. Dass es „um mehr als die Frage geht, ob ein einzelnes Projekt weiter finanziert werden kann oder ob die Straßenaus-



baubeiträge endlich abgeschafft werden“, hatte Bodo Ramelow auf der Kundgebung erklärt. Ein Sozialstaat müsse für die Menschen da sein, die ihn brauchen. „Wer bei der Bildung, bei den sozialen Strukturen spart, vergeht sich an der Zukunft unseres Landes. Wenn die Gesellschaft auseinanderdividiert

wird, kann soziale Verantwortung darin nicht wachsen.“

Eindrucksvoll die Rechnung, die Frank Kuschel, der Kommunalpolitiker der LINKEN, aufmachte. Wie auch im Landtag, wo die Fraktion die Kommunalnot zum Thema gemacht hatte, verwies er auf die harten Fakten. Die in den letzten zehn Jahren in Thüringen alleinverantwortliche CDU hat im Bundesrat allen Steuerrechtsänderungen zugestimmt und damit zu verantworten, dass dem Land jährlich eine Milliarde Euro fehlen. Da die Kommunen zu rund einem Viertel an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt sind, erhalten sie jährlich 250 Millionen Euro weniger. Unter Einbeziehung der Taschenspielertricks der Landesregierung bei der Berechnung des Finanzbedarfs summiert sich der Fehlbetrag für die Thüringer Kommunen in diesem Jahr auf 888 Millionen Euro.

A. Rudolph

Leserbrief:

Von Innen nach Außen

Das Einzige, was zählt, sind Äußerlichkeiten. Die Gesellschaft, in der wir leben, versucht uns immer wieder einzureden, dass nur erfolgreich ist, wer schön ist.

Nun wissen wir, dass Schönheit und Aussehen bei weitem nicht alles sind. Die inneren Werte sind es, die zählen. Aber was machen, wenn es mit den inneren Werten auch nicht zum Besten steht?

Fakt ist: Um als Kommune zu bestehen, müssen sich die politisch Verantwortlichen kräftig strecken. Passiert dies nicht, besteht die Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Die Folgen sind kaum abzuschätzen.

Wenn ich durch Arnstadt fahre oder laufe, fällt mir wiederholt auf, dass das Erscheinungsbild unserer Stadt mitunter zu wünschen übrig lässt.

Der Zustand einiger Wartehäuschen des öffentlichen Nahverkehrs ist häufig mit dem Attribut „saudreckig“ zu bezeichnen. Um die Hinterlassenschaften einiger Mitbürger zu beseitigen, dauert es Wochen. Nasses Laub auf öffentlichen Wegen wird im Herbst, bei trübem No-

vemberwetter, zu einer rutschigen Angelegenheit. Die Überreste eines amerikanischen Fastfood-Restaurants werten Straßenkreuzungen, Kreisverkehre und Gewerbegebiete auch nicht auf. Selbst dann nicht, wenn die Tüten bunt bedruckt sind.

Da kann es auch schon mal vorkommen, dass Straßen zum Slalom Parcours werden, weil soeben geleerte Mülltonnen den Weg auf den Bürgersteig nicht zurück finden. Die Fahrer des Müllautos scheint es nicht zu stören, die vollen Tonnen stehen ja nicht auf der Straße.

Stellt sich die Frage nach dem Warum. Wohnen in Arnstadt mehr „Drecksparzen“ als in anderen Städten? Kann ich mir nicht vorstellen. Bleibt nur die Vermutung, dass die Verantwortlichen im Rathaus mit anderen Dingen – Stichwort Bismarck Brunnen – beschäftigt sind. Das wiederum kann ich mir sehr gut vorstellen.

Um es klar zu sagen: Die Finanzprobleme und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind sicherlich arbeitsaufwändige Eckpunkte. Allerdings muss ein Bürgermeister dafür Sorge tragen,

dass zum Beispiel mit den Steuern und Gebühren der Einwohner so verantwortungsvoll umgegangen wird, dass die Sauberkeit im Stadtgebiet gewährleistet ist.

Wer aber in seiner Selbstherrlichkeit und Arroganz vor den „kleinen Dingen“ die Augen verschließt und nur so weit sieht, wie es der Ausblick aus dem eigenen Dienstzimmer zulässt, muss sich nicht wundern, wenn das Ansehen der Stadt mit der Zeit schwindet.

Die Auswirkungen müssen wir alle tragen.

In diesem Fall kann es nicht schaden, mehr auf das äußere Erscheinungsbild zu achten, damit sich Einwohner und Gäste wohl fühlen in Arnstadt.

Vielleicht gehören diese Ärgernisse ja bald der Vergangenheit an. Nämlich dann, wenn Pro Arnstadt in den Ruhestand geschickt wird und im Rathaus Die Linke regiert.

*Matthias Munk
Arnstadt*

Fraktionssitzungen:		
01.02.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
02.02.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
15.02.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE.
16.02.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE.

Basisorganisationen:		
02.02.10	09.30 Uhr	BO-Vorsitzende nördlicher Ilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
10.02.10	09.30 Uhr	BO-Vorsitzende südlicher Ilm-Kreis. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:		
18.02.10	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt; Stadthalle
18.02.10	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

Vorstandssitzungen:		
01.02.10	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
10.02.10	19.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff



Weitere Veranstaltungen:		
04.02.10	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung zur Neuwahl des Stadtvorstandes. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausclub
10.02.10	15.00 Uhr	Renten- und Mietensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE.
13.02.10	Busfahrt zur Teilnahme an der Anti-Nazi-Demo in Dresden	
	06.00 Uhr	Abfahrt. Ilmenau; Busbahnhof
	06.30 Uhr	Abfahrt. Arnstadt Bus-Treff
26.02.10	17.00 Uhr	Kreismitgliederversammlung. Plau; Hotel „Plauescher Grund“
07.03.10	15.00 Uhr	Frauentagsfeier des Kreisverbandes. Elgersburg; Hotel „Am Wald“

www.die-linke-ilmkreis.de